



Wie soll das Gesundheitsangebot auf dem Bruderholz (im Bild das Bettenhochhaus) künftig aussehen? Diese Frage wird im Baselbiet kontrovers diskutiert. MARTIN TÖNGI

◆ Aufsteller (K)ein einzig Volk von Landräten

Die Angst war gross, dass es im neu besetzten Landrat sterbenslangweilig werden könnte. Schliesslich sind die Mehrheitsverhältnisse klarer denn je. Doch gestern zeigte sich: Grösse bedeutet auch Vielfalt. Die 28 SVP-Landräte waren keineswegs eine homogene Masse, die dumpf immer den gleichen Knopf drückte. So widersprachen sich plötzlich **Dominik Straumann** und **Hanspeter Weibel** und auch **Oskar Kämpfer** teilte an einer Stelle die Meinung seines Sitznachbarn **Markus Meier** nicht. Mit einer gewissen Genugtuung dürfte die Ratsrechte aber mitbekommen haben, dass auch das erste Votum von **Klaus Kirchmayr**, Chef der neuen Fraktion von Grünen und EVP, lautete: «Unsere Fraktion ist in dieser Frage gespalten.»

◆ Ablöscher Das Misstrauen nimmt überhand

Es ist Wahlkampf. Das spürt man. Schmerzlich. Gönnen sich die Ratslinie und Ratsrechte ohnehin selten etwas, nehmen Missgunst und Misstrauen aktuell surreale Züge an. In der Fragestunde warf **Kathrin Schweizer** (SP) der Basellandschaftlichen Kantonalbank (BLKB) vor, mit dem - jährlich stattfindenden - Tag der Wirtschaft einen «Wahlkampf Anlass» für Wirtschaftskammer-Chef **Christoph Buser** (FDP) zu sponsern - und das als staats-eigener Betrieb! Die beste Antwort darauf hatte **Rolf Richterich** (FDP). Er hielt einen Flyer in die Luft. Inhalt: Der BLKB-Anlass «Unter uns», der gestern Abend stattfand - auf dem Hof von Grünen-Nationalrätin **Maya Graf**.

Kanton soll Verkauf prüfen

Bruderholz-Spital Regierungsrat Weber habe sich zu früh festgelegt, kritisiert der Landrat

VON HANS-MARTIN JERMANN

Die Pläne der beiden Gesundheitsdirektoren Thomas Weber (SVP, BL) und Lukas Engelberger (CVP, BS), Kantonsspital Baselland (KSBL) und Universitätsspital Basel unter einem organisatorischen Dach zusammenzufassen, sind für beide Kantone von höchster strategischer und finanzieller Tragweite. Gestern setzte der Baselbieter Landrat Regierungsrat Weber in diesem wichtigen Geschäft einen Warnschuss vor den Bug: Parlamentarier von links bis rechts kritisierten, dass sich Weber in der Diskussion um die Zukunft der Baselbieter Spitäler auf eine einzige Variante kaprizierte - die gemeinsame Spitalgruppe mit Basel-Stadt und den Umbau des heutigen stationären KSBL-Spitalstandorts Bruderholz in eine ambulante Tagesklinik.

Zuvor räumte Weber ein, dass das Projekt für eine Spitalgruppe abgebrochen werde, sollte sich im Herbst 2016 zeigen, dass die anvisierten Ziele - Kostendämpfung, optimierte Gesundheitsversorgung und Sicherung der Hochschulmedizin in der Region - nicht erreicht werden können. Laut Weber könne dann der Fächer für Alternativen wieder geöffnet werden.

Es braucht einen Plan B und C

Dieses Vorgehen stösst im Parlament auf Kritik: Es sei falsch, die Rückfallebene erst dann in Betracht zu ziehen, wenn der Scherbenhaufen bereits Tatsache sei, sagte

LANDRAT

Grünen-Fraktionschef Klaus Kirchmayr. Es brauche bereits vorher einen Plan B und einen Plan C.

Doch was wären die Alternativen? Mit 46 zu 34 Stimmen überwies die bürgerliche Ratsmehrheit einen Vorstoss von Marc Scherrer (CVP, Laufen). Demnach muss die Regierung nun die Privatisierung des Bruderholzspitals prüfen. Das Führen eines Ambulatoriums auf dem Bruderholz wie im Spitaldeal beider Regierungen vorgeschlagen sei keine Kantonsaufgabe, argumentierte Scherrer. SP und Grüne hatten zuvor ihre Unterstützung davon abhängig gemacht, dass Scherrer seinen Vorstoss weiter fasst und weitere Ideen zulässt. Nachdem der CVP-Präsident dies verweigerte, lehnte Rot-Grün den Vorstoss ab.

«Wenn wir schon eine Privatisierung prüfen, dann sollten wir allenfalls auch anschauen, das KSBL wieder in die kantonale Verwaltung einzugliedern», sagte Regula Meschberger (SP, Birsfelden). Die per 2012 vorgenommene Auslagerung der öffentlichen Spitäler sei keine uneingeschränkte Erfolgsgeschichte, sagte Meschberger. Will Rot-Grün diese oder eine andere Variante einbringen, muss nun ein separater Vorstoss lanciert werden.

FDP-Fraktionschef Rolf Richterich (Laufen) fasste nach der Debatte gegenüber der bz die Kritik am Vorgehen zusammen. Regierungsrat Weber sei vorgeprescht und habe es verpasst, den Landrat rechtzeitig einzubinden. Dadurch steige die Gefahr, dass

GEBURTEN

«Versorgung ist gewährleistet»

2016 soll die Gynäkologie des Bruderholzspitals an das spezialisierte Basler Bethesdaspital ausgelagert werden. «Ist die Grundversorgung der Bevölkerung im Bereich der Geburten noch gewährleistet?», fragte Regula Meschberger (SP, Birsfelden) im Landrat. Ja, antwortete Gesundheitsdirektor Thomas Weber. Im Bethesdaspital werde das **Mengengerüst von aktuell knapp 1300 auf 1800 Geburten pro Jahr ausgeweitet**, der Kantonsspital-Standort Liestal verfüge zudem über zusätzliche Kapazitäten von 200 Geburten (aktuell knapp 600). Laut Weber zügeln alle Fachärzte vom Bruderholz ans Bethesda: Letzteres wechselt vom Belegarzt zum Chefarztsystem. Am Bruderholz wird noch eine gynäkologische Praxis mit Sprechstunden weiter geführt (unter der Leitung des Chefarzts David Hänggi).

Weber mit seinen Umstrukturierungsplänen fürs KSBL scheitere, führte Richterich aus. Was der Landrat nun fordere, sei eine Auslegeordnung - eine rechtzeitige. Weber reagierte mit Unverständnis auf die Kritik: «Uns läuft die Zeit davon.» Das KSBL und seine Entscheidungsträger befänden sich in einem ziemlich stürmischen Marktumfeld; da könne man nicht alles öffentlich ausbreiten. «Es macht keinen Sinn, zu bewegliche Ziele vorzugeben», findet Weber.

AUS DEM LANDRAT

FREIE STELLE Monica Gschwind sucht doch Kulturbeauftragten

Lange wurde spekuliert, ob die neue Kulturdirektorin Monica Gschwind die seit Anfang Jahr vakante Stelle des Leiter kulturelles.bl überhaupt besetzen will. Nun steht fest: Mitte September wird die Stelle ausgeschrieben. Dies ging aus einer Antwort während der Fragestunde hervor. «Die Stelle wird Mitte September 2015 ausgeschrieben. Der Wiederbesetzungsprozess soll - sofern möglich - Ende November abgeschlossen sein», heisst es wörtlich. Gschwind hatte die Spekulationen noch zusätzlich befeuert, indem sie den Anstellungsprozess, der nach dem Rücktritt Niggi Ulrichs Ende 2014 begonnen hatte, nach ihrer Wahl in die Regierung explizit auf Eis gelegt hatte. (MN)

KREDIT Fast 10 Millionen Franken für Sek Gelterkinden

Die Schulanlage Hofmatt in Gelterkinden kann umgebaut, saniert und erweitert werden: Der Baselbieter Landrat hat dem erforderlichen Verpflichtungskredit von 9,78 Millionen Franken zugestimmt. Das Resultat fiel mit 72 Ja- gegen bloss eine Nein-Stimme deutlich aus. Die Schulanlage umfasst mehrere Gebäude unterschiedlicher Form und unterschiedlichen Alters. Die Um- und Ausbauten sind eine Folge der Übernahme der Sekundarschulbauten der Gemeinden durch den Kanton im Jahr 2011. (SDA)

IT/EDV Neue Kommission für IT-Geschäfte wird geprüft

Eine «unheilige Allianz» von SVP und SP überwies mit 46 gegen 36 Stimmen ein Verfassenspostulat. Es wird nun geprüft, ob eine neue Kommission für die immer wichtiger werdenden IT/EDV-Geschäfte geschaffen werden kann. (MN)

Bemessung der Sozialhilfe

Mehr Spielraum für den Kanton

Der Baselbieter Landrat will, dass sich die Regierung bei der Festsetzung von Sozialhilfezahlungen weiterhin die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) berücksichtigen kann, aber nicht muss. Zur Debatte standen die Skos-Ansätze bei der ersten Lesung der Teilrevision des kantonalen Sozialhilfegesetzes. Dabei beantragte die SVP, dass die Bestimmung, wonach sich die Regierung bei der Bemessung von Sozialhilfe an den Skos-Richtlinien orientiere, aus dem Gesetz zu streichen.

Die Skos-Ansätze seien teils zu hoch, und der Regierung müsse mehr Spielraum gegeben werden, um den Grundbedarf von Sozialhilfeempfängern flexibler ausgestalten zu können, begründete SVP-Fraktionschef Dominik Straumann den Antrag. Ausserdem könne sich die Regierung dann immer noch

an der Skos orientieren, sei aber nicht dazu verpflichtet. SP, CVP und die Fraktion Grüne/ EVP entgegneten, dass die Skos-Richtlinien eine Hilfe für die Regierung seien. Dies erspare ihr, «etwas Eigenes zu erfinden», sagte Marie-Theres Beeler (Grüne). Die FDP schliesslich schlug als dritten Weg eine «Kann»-Formulierung vor. Demnach soll sich die Regierung gemäss Gesetz an den Richtlinien orientieren können.

Dieser Vorschlag obsiegte zunächst mit 45 zu 33 Stimmen über den Streichungsantrag der SVP und danach mit 46 zu 30 Stimmen über die ursprüngliche, verpflichtender formulierte Fassung. Die zweite Lesung der Vorlage findet voraussichtlich in zwei Wochen statt. Die Gesetzesrevision soll den Gemeinden unter anderem mehr Sanktionsmöglichkeiten gegenüber Sozialhilfe-Missbrauch geben. (SDA/BZ)

Organisation des Landrates

Mehr Gewicht für grosse Parteien

Der Landrat will seine eigene Organisation bereits wieder ändern: Er hat eine parlamentarische Initiative der SVP überwiesen, die in der Geschäftsleitung des Rats den grossen Parteien mehr Gewicht geben soll. Der Landrat hatte 2014 eine Parlamentsreform verabschiedet, nachdem er sich jahrelang schwer damit getan hatte. Am 28. September 2014 stimmte mit grossem Mehr auch das Volk zu. Wichtigste Neuerung war eine Neuformierung der Parlamentsspitze. Neu geschaffen wurde eine Geschäftsleitung aus dem Präsidium, zwei Vizepräsidien und den Fraktionspräsidien. Diese trat an Stelle der früheren Ratsspitze aus einem Präsidium und Vizepräsidien.

An dieser Neuerung wollte die SVP nun wieder Änderungen anbringen. Sie forderte, dass das Stimmgewicht den Fraktionsspitzen in der Geschäftsleitung nach Proporz zugeteilt wird: Jene der

grösseren Parteien sollten mehr Stimmen erhalten als jene der kleinen. Damit würde vermieden, dass die Geschäftsleitung Entscheide fälle, die danach im Plenum umstritten seien.

Volkswillen missachtet?

Die SVP hatte die Forderung schon in der Debatte über die Parlamentsreform erhoben, war damals aber unterlegen. Im Mai reichte sie die Initiative ein. Das warfen ihr die Gegner nun vor: Sie habe den Vorstoss eingereicht im Wissen um die stärkere bürgerliche Mehrheit im zwischen neugewählten Landrat. Zudem sahen die Gegner im Vorstoss eine Missachtung des Volkswillens, nachdem das Volk die Reform eben erst absegnen habe. Der Entscheid fiel klar: Die SVP-Initiative wurde mit 51 zu 29 Stimmen bei 6 Enthaltungen an die Justiz- und Sicherheitskommission überwiesen. (SDA)